

Friedrich Wilhelm III. und Hardenberg auf dem Wiener Kongress

Author(s): Hans Delbrück

Source: *Historische Zeitschrift*, 1889, Bd. 63, H. 2 (1889), pp. 242-265

Published by: Oldenbourg Wissenschaftsverlag GmbH (and its subsidiary Akademie Verlag GmbH)

Stable URL: <https://www.jstor.org/stable/27597035>

JSTOR is a not-for-profit service that helps scholars, researchers, and students discover, use, and build upon a wide range of content in a trusted digital archive. We use information technology and tools to increase productivity and facilitate new forms of scholarship. For more information about JSTOR, please contact support@jstor.org.

Your use of the JSTOR archive indicates your acceptance of the Terms & Conditions of Use, available at <https://about.jstor.org/terms>



JSTOR

Oldenbourg Wissenschaftsverlag GmbH (and its subsidiary Akademie Verlag GmbH) is collaborating with JSTOR to digitize, preserve and extend access to *Historische Zeitschrift*

Friedrich Wilhelm III. und Hardenberg auf dem Wiener Kongreß¹⁾.

Von

Hans Delbrück.

In den Darstellungen des Wiener Kongresses spielt eine nahezu centrale Rolle eine Szene zwischen Kaiser Alexander und König Friedrich Wilhelm III., in welcher der Herr aller Rußen seinen preußischen Freund durch Beschwörungen und Betheuerungen, Zärtlichkeiten und Versprechungen dahin gebracht haben soll, sich in der polnischen Frage von den übrigen europäischen Mächten zu trennen und auf Rußlands Seite zu treten. Der preußische Staatskanzler soll die entgegengesetzte Politik beabsichtigt haben, aber durch den positiven Befehl seines Königs gezwungen worden sein, eine Schwenkung zu machen.

Nach der älteren Auffassung ist dieses subjektive Eingreifen des Königs verhängnisvoll geworden für die Geschichte des nächsten halben Jahrhunderts. Denn durch die Unterstützung Preußens gewann Rußland Polen und damit die Position, vermöge welcher es den Druck auf Deutschland und Europa ausüben konnte, der erst durch den Krimkrieg und weiter durch die Neubegründung des deutschen Reiches definitiv gehoben worden ist.

Dem gegenüber hat Treitschke die Auffassung begründet²⁾, daß durch das persönliche Eingreifen Friedrich Wilhelm's III.

¹⁾ Auf die hier behandelten Fragen werde ich in dem Zusammenhange eines größeren Werkes zurückkommen. Max Lehmann.

²⁾ Preuß. Jahrbücher Bd. 37.

Preußen gerettet worden sei. Preußens Großmachtsstellung hing davon ab, daß ihm wenigstens die Hälfte von dem eroberten Sachsen zugesprochen wurde. Metternich, mit Unterstützung Frankreichs und theilweise auch Englands, suchte es mit einem Stück der Lausitz abzufinden. Nur durch den engen Anschluß an Rußland, den eben Friedrich Wilhelm selbst noch gerade rechtzeitig herbeiführte, sei es Preußen gelungen, sich mit einem einigermaßen haltbaren Länderbestand aus den Wehen der Freiheitskriege emporzurichten.

Von dieser Auffassung ist ganz neuerdings, gestützt auf die Urtheile Stein's in seinem neuentdeckten „Tagebuch“, Max Lehmann zu dem älteren Urtheil wieder zurückgekehrt: wenn man seine Darstellung ernst wägt, so kann und muß man wohl zu dem Schluß kommen, daß Preußen mit richtiger Politik, wie sie im wesentlichen Hardenberg wollte, von dem Wiener Kongreß nicht nur halb, sondern vielleicht ganz Sachsen und noch dazu ein erhebliches Stück des jetzigen russischen Polen hätte heimbringen können. Es ist nicht schwer, sich auszumalen, wie ganz anders Preußen dann in dem nächsten Menschenalter dagestanden hätte, wie viel leichter und schneller seine Politik auf sein welt-historisches Ziel gerade hinaus hätte gelenkt werden, welche Demüthigungen und Reibungen ihm hätten erspart bleiben können.

Wiederum völlig abweichend von Treitschke wie von Lehmann habe ich bereits in meinem „Leben Gneisenau's“ die Ansicht aufgestellt, daß das vielberufene Eingreifen Friedrich Wilhelm's III. eine so große Bedeutung gar nicht gehabt habe, daß — was generell übrigens auch Treitschke ausspricht — das Resultat des Wiener Kongresses nach Lage der Verhältnisse gar nicht viel anders sein konnte, als es thatsächlich geworden ist. Der König hat durch sein Dazwischentreten seinen Staat weder gerettet noch verstümmelt, sondern nur die Gegensätze etwas schneller zur Entwickelung gebracht, als es sonst geschehen wäre.

Da Lehmann hierauf nicht eingegangen ist, so habe ich die Frage einer erneuten Prüfung unterzogen und auch im Berliner Staatsarchiv noch einige Archivalien gefunden, die beitragen werden, die Frage aufzuklären.

Die politische Situation war mit kurzen Worten diese. In den Verträgen des Jahres 1813 (Kalisch, Reichenbach, Trepitz) waren zwischen den Verbündeten keine festen Abmachungen getroffen worden über die Vertheilung der wieder zu erobernden Länder und die Gestaltung des neuen Staatensystems. Man hatte sich begnügt, einige ganz allgemein gehaltene Grundsätze aufzustellen. Nichts ist thörichter, als hieraus, wie es nicht selten geschehen ist und noch geschieht, dem preußischen Staatskanzler einen Vorwurf zu machen. In so großen Krisen muß man den Muth haben, die Zukunft der Zukunft zu überlassen. Niemand konnte wissen, wie weit der Sieg führen würde; man würde ihn damit aus der Hand gegeben haben, wenn man die Vertheilung der Beute im voraus hätte feststellen oder auch nur nach ängstlichen diplomatischen Garantien hätte suchen wollen. Erst die Franzosen zum Lande hinaus und dann sich mit den Russen vertragen, so gut es gehen will, mußte im Frühjahr 1813 die preußische Lösung sein. Das Hauptobjekt des Zwistes, der nun nach dem Friedensschluß im Jahre 1814 entstand, war Polen, das aus den Abtretungen Preußens und Österreichs gebildete sog. Herzogthum Warschau. Über dieses 3000 Quadratmeilen große Land war nichts weiter bestimmt, als daß Preußen eine geographisch und militärisch brauchbare Verbindung zwischen Ostpreußen (Ost- und Westpreußen) und Schlesien erhalten, im übrigen alles der freundschaftlichen Verständigung der drei Mächte Preußen, Österreich und Rußland überlassen bleiben solle¹⁾.

¹⁾ Das letztere ist die Bestimmung des Vertrages von Trepitz. Im Vertrage von Reichenbach war die Auftheilung des Herzogthums Warschau zwischen Rußland, Preußen und Österreich festgesetzt worden. Lehmann (H. Z. 60, 458 Anm.) hat die Ansicht aufgestellt, daß Trepitz die materielle Bestimmung von Reichenbach nicht aufgehoben habe, Rußland also auf dem Wiener Kongreß verpflichtet gewesen sei, Warschau mit den beiden anderen Mächten zu theilen. Dem vermag ich mich nicht anzuschließen. Der Vertrag von Reichenbach trifft seine Bestimmungen nur für den Fall, daß es im Herbst 1813 zum Frieden komme. Da statt dessen der Krieg fortgesetzt wurde, so war es natürlich, daß Rußland sich auch die Möglichkeit noch größeren Gewinnes vorbehielt. Deshalb die ganz unbestimmte Fassung von Trepitz, die diejenige von Reichenbach unzweifelhaft aufhebt. Das ist ganz

Nichts war natürlicher, als daß nun nach Abschluß der Kriege die Ansichten der Mächte über das, was billigerweise einer jeden gebühre, sehr weit auseinandergingen. Der Kaiser Alexander forderte beinahe ganz Polen und zwar unter der vortrefflich verwerthbaren Begründung, daß er gar keine Vergrößerung für Rußland wolle, sondern die Herstellung eines national-polnischen Staates, der nur in Personalunion mit Rußland stehe. Sollte dieser Staat eine Wahrheit werden, so mußte er in der That möglichst viel des polnischen Sprachgebietes umfassen und konnte nicht so leicht Städte wie Krakau und selbst Thorn aufgeben, die unter dem Titel russischer Erwerbungen ohne den Eindruck der feindseligsten Vergewaltigung gar nicht hätten genannt werden können.

Preußen, dem in den Verträgen Wiederherstellung in den Stand von 1806 versprochen worden war, sollte für die aufzugebenden polnischen Gebiete mit dem eroberten Sachsen entschädigt werden.

Dem gegenüber hatte Österreich das natürliche Bestreben, Rußland nicht so weit nach Westen vorrücken zu lassen und auf diese Weise zugleich der Nothwendigkeit zu entgehen, Sachsen an Preußen zu opfern. Wenn Preußen möglichst viel von seinen alten polnischen Besitzungen zurückerhielt, so brauchte es ja keine Entschädigung. Auch Preußen wünschte natürlich Rußland nicht in den Besitz von Positionen wie Thorn und Krakau zu bringen und hatte insoferne dasselbe Interesse mit Österreich. Hierauf gründete Metternich den klugen Plan, zunächst mit Hülfe Preußens, dazu Englands und Frankreichs, die alle gegen die übermäßige Vergrößerung Rußlands waren, Rußland möglichst zurückzudrücken

richtig in der russischen Antwort auf Castlereagh's Denkschrift auseinandergelegt. Die Bestimmungen des Vertrages von Kalisch wurden dagegen durch den Vertrag von Trepitz nicht berührt, da jener kein bloßer Eventual-Vertrag, sondern ein absoluter war, dessen Zweck und Bedingungen von beiden Seiten eingehalten worden waren (vgl. Russ. Mem. v. 30. Okt. 1814; Angeberg 1, 353). Metternich hat allerdings in der Note vom 2. November 1814 (Angeberg 1, 379) die Reichenbacher Stipulation als noch maßgebend betrachtet wollen.

und dann erst die sächsische Frage zu entscheiden. Wie aber war Preußen auf dieser Seite festzuhalten? In einer höchst fein berechneten Note (vom 22. Oktober) versprach Metternich Preußen ganz Sachsen unter der Bedingung, daß Preußen in der polnischen Frage sich mit Österreich identifizire¹⁾, und unter dem Hinzufügen, daß sein Kaiser den dringenden Wunsch habe, wenigstens einen „Kern“ von Sachsen zu retten. Ging Preußen auf diesen Plan ein, so verfeindete es sich zunächst mit Rußland. Österreich aber war in der sächsischen Frage doch wenig gebunden, denn es war vorauszusehen, daß irgend ein Punkt kommen werde, wo Preußen nicht ganz mit ihm gehen werde. Dann konnte Österreich sich von seinem Versprechen dispensiert erklären und nun, wie vorher Rußland, so jetzt das isolirte Preußen möglichst beschneiden und einen recht großen „Kern“ Sachsens retten. Daß dies der Gedankengang Metternich's war, erkennt man ganz deutlich aus folgenden Daten. Nach den Tagebuchaufzeichnungen des Freiherrn vom Stein²⁾ und den Berichten Talleyrand's war in Wien große Unzufriedenheit mit Metternich, weil er Sachsen mit den Pässen des Erzgebirges an Preußen preisgegeben habe. Namentlich die Militärs eiferten gegen ihn. Es fand deshalb, etwa acht Tage nach jener Note (vom 22. Oktober) ein Kronrath statt, und unmittelbar darauf stellte Metternich an Preußen in einer zweiten Note³⁾ die Forderung der Weichselgrenze, von der er bereits wußte, daß sie weit über das hinausging, was Preußen zu vertreten beabsichtige. Es gehört nicht viel Phantasie dazu, sich auszumalen, daß in jenem Kronrath Metternich auf den Vorwurf der Preisgabe Sachsens geantwortet hat, das sei nur konditionell geschehen, und er werde schon die Bedingungen so stellen, daß sie nicht erfüllt würden. Sobald er nun die Note Hardenberg's in der Hand hatte, die statt der Weichselgrenze eine westlichere, aber immer noch viel bessere, als sie endlich zugestanden ist, und so gut, wie irgend erwartet werden konnte —

¹⁾ Une conformité absolue des démarches des deux cours dans la question polonaise.

²⁾ H. Z. 60, 396 u. 398.

³⁾ 2. Nov., Angeberg p. 381.

vorschlug, da beeilte sich Metternich sofort zu konstatiren, daß in wesentlichen Punkten Österreichs Ansichten von denen Preußens abwichen (11. November)¹⁾.

Sa, endlich hat sich herausgestellt, daß den österreichischen Staatsmännern sogar mehr auf die Rettung Sachsens als auf die eigene Erwerbung polnischen Gebietes ankam; denn am Schluß der Verhandlungen haben sie lieber den Bezirk Tarnopol, der Österreich angeboten war, den Russen gelassen, ja sogar ein Stück von Oberschlesien zurückgewiesen, als ein größeres Stück von Sachsen an Preußen auszuantworten.

Metternich's Diplomatie war gewiß sehr geschickt und Hardenberg's gutmüthiges Zutrauen in seine Loyalität sehr groß, aber es fehlte doch viel, daß die preußischen Staatsmänner blind in die Falle hineingegangen wären. Im Gegentheil, sie faßten die Situation durchaus richtig auf. Sie sahen, daß die konditionelle Zusicherung Sachsens nicht genüge, und schlugen deshalb vor²⁾, daß Preußen die umgekehrte Reihenfolge der Verhandlungen fordere. Erst sollen Österreich und England „augenblicklich in einem Defensivvertrag den Besitz von ganz Sachsen für Preußen anerkennen und garantiren“. Erst dann soll Preußen „sich eng und unverbrüchlich in Absicht der polnischen Angelegenheiten an sie anschließen“, dabei aber mäßigend auf sie einzuwirken suchen.

Diese Humboldt'sche Denkschrift ist es, die meiner Ansicht nach Treitschke nicht genügend gewürdigt hat. Ihr Gedanken-

¹⁾ Man könnte die Frage aufwerfen, ob Metternich wirklich bei Redigirung der verwickelt-konditionellen Zusage in der Note vom 22. Oktober das ganze Bewußtsein der Tragweite gehabt hat, da doch sein vertrauter Geng noch in seiner Denkschrift vom 12. Februar 1815 (Aus Metternich's Papieren I, 473) diese Note keineswegs als ein feines diplomatisches Netz, sondern als ein recht unseliges Zugeständnis charakterisirt. Aber gerade auf diesen Passus bezieht sich vermuthlich die Randbemerkung, mit der Metternich selbst die Denkschrift versehen hat: „Geng hatte neben den seltensten Gaben des Geistes . . . einen ihm eigenthümlichen Leichtsin, welcher die ernstesten Dinge seinen stets wechselnden Impressionen unterordnete — Ein-drücken, welche häufig das Ergebnis gesellschaftlicher Gespräche waren und leicht von einem Extrem zum anderen übersprangen.“

²⁾ Humboldt's Denkschrift vom 9. November.

gang ist genau derselbe, dem Hardenberg vier Wochen früher gegen Castlereagh und Metternich¹⁾ mündlich und schriftlich Ausdruck gegeben hat. Ganz sicherlich würde der Staatskanzler in dieser Weise vorgegangen sein, wäre ihm nicht eben in jenem Moment der König dazwischen getreten²⁾.

Wollen wir also den tatsächlichen Einfluß, den die Intervention des Königs gehabt hat, richtig abschätzen, so dürfen wir keine andere Voraussetzung machen, als daß sein Minister ohne ihn nach dem Humboldt'schen Programm verfahren sein würde.

Sind wir nun in der Lage, mit einiger Sicherheit zu sagen, was in diesem Fall geschehen wäre? Gewiß. Wir können mit aller Bestimmtheit behaupten, daß Metternich die preußischen Bedingungen nicht angenommen haben würde und dann also Preußen sich von ihm getrennt hätte und auf Rußlands Seite getreten wäre. Das ist das *thema probandum*: auch ohne das Eingreifen des Königs wäre man binnen Kurzem auf demselben Punkt gewesen.

Lehmann hat nun nachgewiesen und legt mit Recht großes Gewicht darauf, daß der Vertreter Englands, Lord Castlereagh,

¹⁾ Oden, *Zeitalter der Revolution* 2, 845.

²⁾ Bisher ist als Datum der Unterredung der 6. November angenommen worden. Nach Hardenberg's Tagebuch war es der 5. Auch aus dem Anfang des dritten Ablasses seiner Denkschrift vom 7. (Angeberg 1, 407) folgt ebenfalls, daß wenigstens ein Tag dazwischen lag, und aus Stein's Tagebuch S. 399, daß dieser dazwischenliegende Tag, an dem Stewart die Denkschrift übergab, der 6. war. — Alle unsere bisherigen Vorstellungen über den Verlauf der Dinge schienen umgestaltet werden zu müssen durch die vermeintliche Entdeckung Oden's (*Zeitalter der Revolution* 2, 850), daß die Unterredung schon am 3. stattgefunden und an diesem Tage bereits eine russisch-preussische Konvention darüber unterzeichnet worden sei. In dem neuerdings publizierten 7. Bande von Martens' *Recueil*, sollte diese erstaunliche Thatsache stehen, aber, die Erstaunlichkeit noch zu steigern, nur die Thatsache des Abschlusses, nicht der Inhalt des Vertrages. Die Entdeckung beruht aber auf einem Irrthum: der Vertrag steht da — eine Seite weiter; es ist eine allbekannte Abmachung über eine Finanzfrage. Der englische Bericht über die Krisis steht in den *Suppl. Desp. of Wellington* 9, 473 unter dem falschen Datum „Dezember“; der Brief ist vom 7. November, wie die Nachschrift ergibt. Er enthält mancherlei Katsch über einen Versuch Alexander's, Metternich zu bestechen.

Preußen sehr wohl gesinnt war. Dieser räsonnierte immer wieder, Preußen müsse stark gemacht werden, um sowohl gegen Rußland wie gegen Frankreich selbständig auftreten zu können. Deshalb hätte er ihm gerne ebensoviel ganz Sachsen als Polen bis zur Weichsel und außerdem noch die Rheinlande verschafft¹⁾. Man könnte daraufhin etwa die Frage aufwerfen, ob die preußischen Staatsmänner nicht, gestützt auf England, ihre Ansprüche hätten durchsetzen können. England hätte die Humboldt'schen Bedingungen vielleicht angenommen und war als einzige Geldmacht im Kriegsfall von der allergrößten Bedeutung. Dagegen ist aber einzuwenden, daß nicht nur eine Annäherung von Österreich und Rußland höchst gefährlich gewesen wäre, sondern auch namentlich, daß Englands Sympathie sicherlich nicht ausgereicht hätte zu einem Kriegsbündnis. Darauf aber kam alles an. Mit Recht verlangte Humboldt nicht nur die „Anerkennung“, sondern auch die „Garantie“ der Annexion Sachsens. Zu der „Garantie“ aber hätte sich wohl nicht einmal Castlereagh selbst entschlossen, und Castlereagh ist noch nicht England. Es sind Äußerungen anderer sehr maßgebender englischer Staatsmänner vorhanden, die es nicht gestatten, England als einen durchaus zuverlässigen Mitspieler in dieser Krisis zu betrachten²⁾. Lord Castlereagh selbst

¹⁾ An Wellington, 2. Oktober 1814; an Liverpool, 12. Oktober; an Wellington, 20. Oktober.

²⁾ Die eigentliche Fundgrube für die englische Politik dieser Epoche ist nicht die Correspondence of Castlereagh, sondern der 9. Band der Supplementary Despatches of Wellington, der die Schreiben Liverpool's an Castlereagh enthält. Nach der Tradition hat die englische Diplomatie im Laufe des November eine vollständige Schwenkung gemacht und Castlereagh aus der Heimat den direkten Befehl bekommen, die preußische Sache aufzugeben (Treitschke, Preuß. Jahrb. 37, 289). So berichtete Talleyrand am 7. Dezember nach Hause, und ähnlich erzählt es Geng (Metternich's Papiere 1, 490). Lehmann betont dem gegenüber, daß erstens die Genesis der englischen Abwendung in der vorausgehenden preußischen zu suchen sein möchte (S. 3, 60, 465), und zweitens, daß trotzdem Castlereagh immer noch eine Preußen sehr wohlwollende Haltung beobachtet habe. Das letztere ist unzweifelhaft richtig; was das erstere betrifft, so läßt sich der Einfluß der preußischen Schwenkung natürlich nicht direkt abmessen; es läßt sich aber

ist endlich zweifelhaft geworden, ob es für den englischen Handel vortheilhaft sei, Leipzig an Preußen kommen zu lassen¹⁾.

England also stand nicht unbedingt zu Preußen und selbst wenn es für die Humboldt'schen Bedingungen eingetreten wäre und nur Österreich sich geweigert hätte, darauf einzugehen, so hätte Preußen dennoch sofort die Annäherung an Rußland suchen müssen, weil England allein nicht genügte. Kein preußischer Staatsmann hat es damals anders angesehen und gewollt.

Wäre nun die Situation Preußens verbessert oder verschlechtert worden, wenn der König nicht intervenirte und die Schwenkung Preußens zu Rußland hinüber erst einige Tage später erfolgte? Es wäre dann um so bedingungsloser von Rußland abhängig gewesen und hätte zuletzt vielleicht nicht Thorn bekommen. Auf der anderen Seite aber wäre eingetreten, was Humboldt in seiner Denkschrift voraus sagte, daß „Preußen vor sich und Europa gerechtfertigt“ war, zu Rußland überzutreten. All' das Geschrei über Preußens „Verrath an Europa“, der böse Ruf der russischen Vasallenschaft, der es durch so viele Jahrzehnte verfolgt hat, wäre ihm, wenn nicht erspart geblieben, doch sehr viel leichter zu bekämpfen gewesen. England würde sich die äußerste Mühe gegeben haben, Österreich noch zu einem günstigen Vergleich zu bestimmen, und so ist es wohl denkbar, daß von

nachweisen, daß auf jeden Fall ein aktives Eintreten Englands für Preußen nicht zu erwarten war. Schon am 28. Oktober sendet Liverpool an Castlereagh ein Memorandum, das Besorgnisse vor einer russisch-französischen Entente ausspricht und England aus der polnischen Affaire herauszuziehen rüth. Am 2. November wünscht Liverpool in der polnischen, sächsischen und italienischen Frage einen Kompromiß. Am 18. November meldet er eine starke Regung der öffentlichen Meinung gegen die Einziehung von ganz Sachsen. Am 27. ist er unzufrieden mit der Übergabe der sächsischen Verwaltung an Preußen; am 12. Januar (Castlereagh Despatches) betont er abermals seine Abneigung gegen die Vernichtung Sachsens. Castlereagh selbst begründet (21. November) seine Schwenkung damit, daß Österreich nicht auf beiden Punkten, Polen und Sachsen, habe gekürzt werden dürfen. Über Wellington's Ansicht vgl. den Brief von Blacas an Talleyrand vom 6. November, und Wellington's eigenen Brief an Castlereagh vom 5. November. Über Münster Stein's Tagebuch S. 410.

¹⁾ Talleyrand's Bericht vom 31. Oktober.

Sachsen wirklich nur ein „Kern“ übrig geblieben, speziell Leipzig noch an Preußen gekommen wäre. Vortheil und Nachtheil, Chance und Gefahr möchten sich also auf beiden Seiten etwa gleich bleiben.

Ich habe bisher den Ausdruck gebraucht, Preußen habe sich nach der von dem König herbeigeführten Krisis auf die Seite Rußlands gestellt. Dieser Ausdruck ist jedoch von mir nur der Kürze halber und weil damals der Vorwurf so lautete, gebraucht worden; er bedarf in Wirklichkeit einer sehr starken Einschränkung. Erst im Laufe von Wochen ist allmählich Preußen wirklich ganz an die Seite Rußlands gedrängt worden. Zunächst aber war das weder die Absicht noch die Wirklichkeit. Preußen weigerte sich nur, auf die Gegenseite zu treten, und nahm eine vermittelnde Stellung ein oder vielmehr behielt seine vermittelnde Stellung bei. Schon in Paris, in einer Denkschrift vom 29. April, hatte Hardenberg seinen Plan aufgestellt und den Verbündeten unterbreitet. Danach sollte Rußland die Hauptmasse von Polen erhalten, aber an Preußen, über das hinaus, was es nachher anbot, noch Thorn und einen etwa fünf Meilen breiten Strich an der jetzigen Grenze von Posen, bis zur Warthe, an Österreich Krakau mit einem Landstrich bis zur Nida und die Festung Zamosc geben. Mit diesem Vermittlungsplan ist Hardenberg auch auf dem Wiener Kongreß erschienen ¹⁾ und hat an ihm noch den ganzen November hindurch festgehalten. Wenn nun uns zufällig nichts überliefert wäre von den innerpreussischen Frictionen im Anfang November, so würde die Hardenberg'sche Politik den Eindruck der strengsten Stetigkeit und Konsequenz machen. Was der Kanzler im Anfang November wollte, war — nicht etwa eine principielle, sondern nur — eine taktische Wendung zu den antirussischen Mächten hinüber. Was der König erzwungen hat, war das Festhalten an der bisherigen Vermittlungspolitik. Es ist nicht richtig, wenn Treitschke meint, gegen den Willen des Königs habe Hardenberg noch weiter an der Vermittlung gearbeitet und sich damit zwischen zwei Stühle gesetzt. Gerade hierüber gibt ein noch nicht benutztes Aktenstück aus dem Berliner

¹⁾ Treitschke, Preuß. Jahrb. 37, 133.

Archiv, das ich ebenfalls im Anhange mittheile (Nr. 4), authentische Auskunft. Der König billigte Hardenberg's Vermittlung durchaus, und Preußen konnte auch damals noch gar keine andere Stellung einnehmen, weil Alexander ihm noch hartnäckig eine seiner unerläßlichsten Forderungen, nämlich Thorn, verweigerte. Erst im Februar 1815 hat Alexander ihm diese Stadt, die wichtiger war, als ein fünffach so großes Gebiet in Sachsen, konzessirt¹⁾. Da und so lange Preußen nach beiden Seiten Forderungen zu verfechten hatte, so konnte es sich auch keiner unbedingt anschließen.

Der Plan, mit den antirussischen Mächten zu gehen, war ja basirt auf der Voraussetzung unbedingter Gewährung der von dort bisher bekämpften Forderungen. Dies Verhältnis ist so klar, daß ich eine Zeit lang sogar für möglich gehalten habe, die Szene zwischen Alexander und Friedrich Wilhelm und wieder zwischen diesem und Hardenberg sei eine Art abgekartetes Spiel zwischen den beiden letzteren oder wenigstens ein von Hardenberg mit einiger Absicht provocirtes gewesen. Wenn eine Macht genöthigt ist, so zwischen zwei anderen zu laviren, wie Preußen damals zwischen Oesterreich und Rußland, so gibt es kein vortheilhafteres Arrangement, als wenn der König und sein leitender Minister sich etwas in die Rollen theilen. 1815 empfahl Gneisenau²⁾ beim zweiten Pariser Frieden: der König solle seine Herzlichkeit gegen den Kaiser Alexander verdoppeln, indem er sachlich fest bleibe.

Auf dem Wiener Kongreß, könnte man sich denken, hätte, wie der König mit Alexander, so Hardenberg mit Metternich

¹⁾ Die Konzession bezüglich Thorns erfolgte in zwei Etappen, Ende November erklärte der Kaiser sich bereit, es zu einer freien Stadt zu machen, Anfang Februar, es Preußen zu überlassen. Der Ansicht, daß das erstere der Intervention Stein's zu verdanken sei, vermag ich nicht zuzustimmen. Nach dem Ausdruck seines Tagebuchs S. 405: „Preußen werde sich wohl wegen Thorn arrangiren“, scheint er sogar recht wenig Gewicht darauf gelegt zu haben. Im Anhang füge ich einen Auszug bei aus der Denkschrift Hardenberg's, die er seiner Unterhandlung mit dem Kaiser Alexander zu Grunde legte.

²⁾ An Hardenberg, 5. September 1815.

diese persönliche Beziehung gepflegt; Hardenberg also ganz gern sich die Vermittlungspolitik, die er ohnehin verfolgen wollte, von dem König befehlen lassen. Er hätte sich dann vor Metternich immer mit Hinweisen auf den König und dieser vor Alexander mit Hinweisen auf seinen Staatskanzler gedeckt. Nicht viel anders ist es thatsächlich gewesen, aber, wie mich die Einsicht des Hardenberg'schen Tagebuches gelehrt hat, nicht mit studirter Absicht. Hardenberg erwähnt zwar die Scene vom 5. November in seinem Tagebuch gar nicht, äußert aber sonst seine Unzufriedenheit mit dem König oft und stark genug und zwar schon lange vorher, so daß der schließliche Befehl ihn gar nicht so sehr überrascht haben kann. Ich füge die einschlagenden Notizen des „Tagebuchs“ ebenfalls im Anhang bei; sie beweisen auch, daß Treitschke's Behauptung, der König habe keineswegs einem Zärtlichkeitsüberfall seines Freundes Alexander weichend, sondern nach verständiger, jedenfalls reiflicher Erwägung seinen Entschluß gefaßt, richtig ist.

Um den politischen Vorgang bis auf den Grund in Licht zu setzen, wollen wir auch die Frage aufwerfen, ob Preußen, das sich doch zuletzt mit der Hälfte von Sachsen hat zufrieden geben müssen, durch noch früheren und engeren Anschluß an Rußland mehr hätte erreichen können. Die Frage ist zu verneinen. Die unerläßliche Bedingung eines solchen Anschlusses wäre die Cession Thorn's gewesen. Diese aber hätte Alexander im Beginn des Kongresses sicherlich noch nicht zugestanden. Noch am 5. November hat er Stein gegenüber ganz fest auf dieser Stadt für sein Königreich Polen bestanden. Wollte man hievon absehen, so ist zu fragen, ob der Zar in der sächsischen Frage Preußen besser sekundirt haben würde. Treitschke betont, daß der Zar ohnehin fest und nachdrücklich jeden Anspruch seines Freundes Friedrich Wilhelm unterstützt habe. Man muß von dieser Anerkennung doch wohl Einiges abstreichen. Obgleich Czartoryski am 11. November im Auftrag des Kaisers dem preußischen Staatskanzler schriftlich die Zusage gab, daß er mit allen seinen Kräften unterstützen werde, was der König auch immer in der sächsischen Angelegenheit beschließe, so hat doch von einer Unterredung vier Tage später Talleyrand schon nach Hause berichtet, daß der

Kaiser das Wort „abgemacht“ über Sachsen nicht im Tone eines unabänderlichen Entschlusses ausgesprochen und Schwarzenberg gegenüber sich geradezu ein Bedauern habe entchlüpfen lassen, daß er sein Versprechen gegeben. Offiziell trat er dann Ende des Monats bestimmt für die Forderung Preußens ein. Etwa Mitte Dezember wollen Talleyrand¹⁾, Stein, Gagern²⁾, Castlereagh³⁾ gleichzeitig beobachtet haben, daß der Kaiser zwischen Friedensbedürfnis und Verpflichtung schwankte. In den eigentlichen Verhandlungen hielt er fest, Talleyrand aber berichtete ganz positiv nach Hause, daß ihm der Zar durch Czartoryski habe sagen lassen, er bestehe nicht mehr auf ganz Sachsen, sondern wolle einen „Kern“ bestehen lassen, der die Hälfte (man denke: die volle Hälfte) des gegenwärtigen ausmache. Ende des Monats beklagt Hardenberg in seinem Tagebuch (30. Dezember), daß der Zar sich dem König selbst gegenüber nicht entschieden genug ausgesprochen habe, was er im Kriegsfall thun werde. Dann ist er (6. Januar) sehr energisch gegen Castlereagh aufgetreten, aber einige Wochen später hat Stein wieder das Gegentheil aufzuzeichnen (S. 429). Ich möchte das so zusammenfassen, daß der Zar so loyal und so entschieden für Preußen eingetreten ist, wie ein Staat überhaupt für fremde Ansprüche einzutreten pflegt. Aber schon die leiseste Andeutung von möglicher Nachgiebigkeit genügt in solchen Verhältnissen, den Gegner zur äußersten Zähigkeit zu ermuthigen. Über seine eigenen Erwerbungen in Polen hatte sich der Kaiser doch noch in anderem Tone ausgedrückt; da hatte er von seinen 700000 Mann gesprochen, die festhalten würden, was sie erobert hätten; er hatte Metternich, als er ihm entgegenzutreten wagte, auf das allerschöndeste behandelt und was dergleichen diplomatische Kunststücke mehr sind. Für Preußen hat er solche Register nicht aufgezogen⁴⁾. Aber es ist kein Grund, anzunehmen, daß

¹⁾ Pallain-Bailieu p. 149; auch p. 180.

²⁾ Gagern, Mein Antheil an der Politik 2, 89.

³⁾ Suppl. Wellingt. Despat. 9, 485. 511.

⁴⁾ Der Konflikt mit Metternich Mitte Dezember entsprang der persönlichen Beleidigung in Metternich's Billet vom 7. November, nicht politischer Berechnung. Metternich's Erzählung, daß der Kaiser ihn habe fordern wollen, halte ich für Schwindel.

er mehr gethan hätte, wenn Preußen noch nachgiebiger gegen ihn gewesen wäre, und sicherlich hätte Preußen durch den direkten Anschluß an Rußland die Unterstützung, die ihm Castlereagh bis zuletzt thatsächlich und mit Erfolg gewährt hat¹⁾, verscherzt und in die bitterste Feindschaft verwandelt. Ich sehe also keine Möglichkeit, daß Preußen durch geschickte Diplomatie weder auf dieser noch auf jener Seite eifrigere oder stärkere Bundesgenossen hätte heranziehen können.

Stein sowohl wie Hardenberg haben die Schuld an dem Mißerfolg Preußens auf den König geworfen. Stein schiebt in seiner Intervention den Fehler, der Preußen zuletzt die Hälfte von Sachsen kostete und nennt das „Betragen des Königs schwach und unverständlich“. Daß Hardenberg aus Ärger über den königlichen Befehl daran gedacht habe, den Abschied zu nehmen, ist zwar zweifellos eine Fabel, aber sein Tagebuch ist voll von Klagen über die „pusillanimité“ seines Herrn. Die Erklärung liegt darin, daß Beide glaubten, Metternich würde die preußische Bedingung angenommen²⁾ haben. Wir wissen heute, daß sie sich darin irrten und erkennen so, daß die damals so wichtig erscheinende Differenz thatsächlich fast gegenstandslos war. Man darf ihnen daraus einen so sehr schweren Vorwurf nicht machen. Es hat in der deutschen Geschichte ja schon mehrfach Perioden

¹⁾ Interessant ist es, den Grund dafür zu finden, warum Castlereagh so freigebig von den eigenen hannoverschen Ansprüchen seines Königs an Preußen Konzessionen macht. Liverpool hatte ihm (23. Dezember 1814) geschrieben, die öffentliche Meinung in England sei durchaus gegen Territorialvergrößerung von Hannover. „Ich weiß nichts, was die Regierung mehr diskreditiren würde, als ein unbefriedigendes Arrangement in Bezug auf Polen und Deutschland im allgemeinen, verbunden mit einem beträchtlichen Gewinn für Hannover. Ich weiß, Graf Münster wird nie begreifen, daß die Sicherheit Hannovers für das Haus Braunschweig durch Annexionen nicht vermehrt, sondern vermindert wird. Hannover ist für England ein Ehrenpunkt, aber auch weiter nichts als ein Ehrenpunkt.“

²⁾ Noch am 4. Dezember schrieb Stein an Hardenberg: „Sollte Österreich seine Zustimmung zu Sachsen an den Besitz von Krakau binden, so glaube ich, daß es vielleicht möglich ist, den Kaiser zu bestimmen, darin einzuwilligen.“ (St.-M.)

gegeben, wo die Interessengemeinschaft zwischen Österreich und Preußen dominirte; andere wieder, wo der Gegensatz sich bis zum Konflikt steigerte. Hardenberg hatte ganz richtig erkannt, daß in der nächsten Generation Preußen suchen müsse, sich mit Österreich gut zu stellen und erwartete mit gutem Grunde das Gleiche von Österreich. Daß Österreich sich dazu nicht genügend hat herbeilassen wollen, hat ihm endlich seine Stellung in Deutschland gekostet. Eine positive Gegnerschaft gegen Preußen hat aber auch Metternich nie konstituieren wollen. Fortwährend versicherte er Hardenberg dessen. Der Kaiser Alexander behauptete zwar (5. November), der österreichische Staatskanzler habe ihn wissen lassen, Österreich wolle in der polnischen Frage nachgeben, wenn Rußland es in der sächsischen unterstütze — aber es ist doch höchst unwahrscheinlich, daß Metternich diesen Haken geschlagen hat zu einer Zeit, wo er noch hoffte, Preußen auf seine Seite zu ziehen und damit Beide, sowohl Preußen als Rußland, zu übervorthailen. Alexander wird irgend eine zufällige Äußerung so ausgelegt und wohl noch stark chargirt haben¹⁾. Metternich läugnete jedenfalls die Behauptung nicht nur ab, sondern drückte in demselben Billet an Hardenberg auch die Zusicherung Sachsens noch viel positiver aus als in der Note²⁾. Hardenberg konnte sich also wohl einbilden, daß sein Antrag von Österreich nicht zurückgewiesen werden würde, und unter dieser Voraussetzung ist seine Entrüstung über den König wohl begreiflich. Ich möchte auch nicht bestreiten, daß der König thatsächlich mehr aus Angstlichkeit als weil er die Unzuverlässigkeit Metternich's besser durchschaut hätte, auf dem Einhalten des Mittelweges bestand. Auch wenn er erwartete, daß Metternich nicht auf den preußischen Vorschlag eingehen werde, so gab es doch auch dann gute Gründe,

¹⁾ Merkwürdigerweise berichtet Stein in seinem Tagebuch, daß Talleyrand am 15. November dem Kaiser eine solche Insinuation seitens Metternich's gemacht habe. In Talleyrand's eigenem Bericht findet sich das nicht; am meisten paßt damit noch das S. 117 (bei Bailieu) Erzählte. Bei Stein ist vermuthlich die ältere Erzählung vom Anfang November mit dieser neuen zu einer zusammengefloßen.

²⁾ Auch dieses Billet, welches bisher unbekannt war, folgt im Anhang.

die Proposition zu machen, um eine völlig klare Situation zu schaffen. Ein entschlossener Staatsmann hätte wohl auf jeden Fall diesen Weg eingeschlagen, auf dem vielleicht etwas zu verlieren, aber doch auch zu gewinnen war.

Wie dem auch sei, einen Akt, der als ein wesentlicher Fehler bezeichnet werden müßte, hat die preußische Diplomatie in diesen Verhandlungen, so wie wir die Dinge heute übersehen, nicht zu verzeichnen. Selbst den viel bespöttelten, lamentablen Brief Hardenberg's an Metternich (vom 3. Dezember), in dem Österreichs Hülfe erfleht wurde unter Berufung auf einen patriotischen Vers: „Es horsten auf derselben Rieseneiche — der Doppeladler und der schwarze Aar“ — auch diesen Brief kann ich nicht als einen so unverzeihlichen Fehler ansehen. Es war einmal die Situation Preußens, daß es für wenigstens ein Menschenalter unter allen Umständen sich mit Österreich gut stellen und unter Betonung des gemeinsamen Deutschthums nicht nur eine äußerliche Allianz, sondern auch ein innerliches Verhältnis zu bilden suchen mußte. Stein ist ja so weit gegangen (Tagebuch S. 434, 24. Februar 1815), zu behaupten, daß „eigentlich das wahre politische Interesse Preußens und Österreichs nicht in Widerspruch stehe“.

Daß Preußen endlich von dem Wiener Kongreß nur eine Hälfte Sachsens statt des gehofften Ganzen heingebracht hat, war nicht die Folge davon, daß, wie man immer wieder sagt, die preußische Diplomatie der Freiheitskriege nicht auf der Höhe seiner Strategie gewesen wäre, sondern die Folge seiner tatsächlichen Schwäche. Vielleicht hätte es etwas gewonnen, wenn es schon Mitte November sich sehr schnell zu einem Kompromiß herbeigelassen hätte. Seine Position wurde allmählich nicht besser, sondern schlechter, durch die sich immer deutlicher ausprägende Parteinahme der öffentlichen Meinung in Deutschland und speziell der deutschen Fürsten für die Albertiner, und ganz besonders durch die Nachrichten, die von England kamen und besagten, daß das Parlament gegen die völlige Depossession sei. Erst diese Erscheinungen und Nachrichten werden Metternich, der im November noch sehr weich war, zu dem plötzlichen rücksichtslosen

Vorgehen im Dezember ermuthigt haben ¹⁾. Diese Wendung war aber nicht wohl vorherzusehen, und wenn ja, so hätte es Metternich auch gesehen und es sehr leicht gehabt, durch passiven Widerstand die Verhandlungen doch noch einige Wochen hinzuziehen.

Da nun auch der König von Preußen selbst nicht der Mann war, einen Streit bis zum Äußersten durchzufechten, den fremden Diplomaten wohl einmal ganz gehörig die Wahrheit sagte, dann aber in der Sache nachgab, während sein Kanzler noch feilschte ²⁾, so konnte es nicht anders sein, als daß Preußen nur mäßige Resultate von dem Kongreß nach Hause brachte.

Aktenstücke.

1. Aus den kurzen Notizen des Hardenberg'schen Tagebuches habe ich die folgenden, als auf unser Problem bezüglich, ausgezogen.

26. Sept. „Idées du roi en contradiction avec mes plans.“

28. Sept. „Pusillan. regis.“

29. Sept. „Albrecht avec un nouveau message pusillanime du roi touchant la Saxe.“

1. Okt. „Jurat in verba des Kaisers von Rußland, will keinen Schritt irgend einer Art wegen Polen und seiner Pläne gemeinschaftlich mit Österreich und England thun, erschwert dadurch die Acquisition von Sachsen, sowie alles andere.“

23. Okt. „Été chez le roi. Sa manière de s'expliquer sur les affaires de Pologne toujours la même.“

27. Okt. „Mémoire sur les affaires de Pologne.“

5. Nov. „Conférence chez l'empereur de Russie sur les affaires du congrès de Saxe, de Pologne, d'Italie; puis chez le roi.“

¹⁾ Am 11. November hat Metternich nach Hardenberg's Tagebuch nach Dresden für Mainz geboten. Hardenberg aber verlangte damals beides und lehnte das Anerbieten ab. — Am 11. Dezember, als Metternich etwas erschrocken war über die Aufnahme seiner Note vom 10. (die Preußen nur ein Fünftel von Sachsen geben wollte), schickte er Hardenberg die Abschrift eines Briefes Liverpool's an Castlereagh (vom 18. November), der einen „Kern“ von Sachsen erhalten will, weil die öffentliche Meinung darauf bestehe [f. v. S. 250 Anm.] (G. St. A.). Am Abend spät schrieb er ihm dann das zweite, bei Duden S. 858 abgedruckte Billet.

²⁾ Gneisenau an Clausenitz, 18. Februar 1815.

6. Nov. „Stein chez moi. Knesebeck. Diné chez le prince Trautmannsdorf. Alles aufgeboten, um die Einigkeit zwischen Österreich und England mit Rußland herzustellen. Rußland, vom König in allen Stücken unterstützt, hatte Unrecht. Mais que faire? Wir verlieren dabei am meisten.“

8. Nov. „Envoyé à Lord Castlereagh mes mémoires sur la Pologne.“

9. Nov. „Envoyé le mémoire à Metternich et au roi. Correspondance avec sa Majesté sur cet objet.“

11. Nov. „Entretien avec Metternich. Il offre Dresde pour Mayence, ce qui je rejette.“

21. Nov. „Ein Anschein nachgebender Gefinnung bei Kaiser Alexander.“

23. Nov. „Mémoire pour l'empereur Alexandre que je lui remis en personne et entretien avec lui.“

24. Nov. „Eté chez le roi qui approuva fort mon mémoire d'hier.“

10. Dcz. „Réponse de Metternich tout-à-fait inattendue.“

11. Dcz. „Conférence avec Stein, Czartoryski, Knesebeck et Humboldt sur la réponse de Metternich. Billets de Metternich.“

12. Dcz. „Metternich chez moi embarrassé — voulant montrer tous les papiers à l'empereur — à la bonne heure. Non fidem servavit. Mais l'opiniâtreté du roi à condescendre en tout point aveuglement à l'empereur Alexandre est la cause principale. Stein et Czartoryski chez moi.“

13. Dcz. „Metternich encore chez moi. Il a parlé à l'empereur.“

21. Dcz. „On est prêt à céder une grande partie de la Saxe. Comité pour examiner les calculs.“

30. Dcz. „Chez le roi. L'empereur de Russie y vint. Affaires de Saxe. Explications ambiguës sur ce qu'il ferait en cas de guerre, au moins pas très-prononcées.“

13. Jan. 1815. „Eté chez Castlereagh. Nullement content de sa manière de s'expliquer sur nos affaires et de favoriser les vues de nos adversaires. Mais à quoi cela tient-il? A la condescendance du roi pour l'empereur Alexandre.“

4. Febr. „Alexandre veut céder Thorn à la Prusse.“

2. Metternich an Hardenberg. (7. Nov. 1814.)

„J'apprends tout à l'heure, mon cher Prince, que l'Empereur de Russie doit vous avoir dit dans la conversation que vous avez eu avec Lui et le Roi

„que l'Autriche lui avait déclaré ou fait insinuer qu'elle serait coulante sur les affaires polonaises si Lui L'emp. A. parvenait à sauver la Saxe.“

„Je nie non seulement le fait, mais je suis prêt à soutenir le contraire en présence de L'emp. Lui même.

„Le divide et regna a l'air plus facil qu'il ne l'est effectivement quand on a affaire à des puissances qui depuis longtemps se sont habitués à se croire sur parole. Vous savez ce que nous pensons de

la Saxe. Vous trouvez tout dont il peut être question entre nous dans ma lettre du 20 Oct. L'emp. ne dit pas une fois pour ne pas dire la seconde et toujours de même."

Dies Billet ist das mehrfach erwähnte, durch das der Kaiser von Rußland sich persönlich beleidigt fühlte. Hardenberg's Antwort vom 9. November steht bei Onden S. 852. Er versichert darin Metternich seines dauernden Vertrauens.

Nicht mit Unrecht sagt Stein (Tagebuch S. 411), daß dies Billet die positive Zusage Sachsens enthalte, da es die Vorbedingung der Kooperation in der polnischen Frage nicht mehr aufstellt. Über „20. Oct.“ hat Hardenberg, wie es unzweifelhaft gemeint ist, „22.“ geschrieben.

Das Billet ist offenbar in großer Aufregung geschrieben, wie namentlich der ganz aus der Konstruktion gefallene Schluß zeigt.

3. Denkschrift Humboldt's.

Die polnischen Angelegenheiten sind im gegenwärtigen Augenblick zu dem Punkte gekommen, wo man an einer gütlichen Beilegung derselben zweifeln muß.

Man konnte längst die Hoffnung aufgeben, daß Rußland an seinen Forderungen wesentlich nachlassen würde. Der österreichische Hof war ebenso wenig geneigt dazu, und seine Beharrlichkeit ist noch bedeutend durch den gänzlichen und festen Beitritt des englischen Kabinetts vermehrt worden....

Preußen allein sieht jetzt die Sache aus ihrem wahren Gesichtspunkte an. Es gesteht zu, daß Rußland gerechter und dem Geiste, in welchem der ganze jetzige Krieg geführt worden ist, angemessener handeln würde, wenn es auf die am meisten bestrittenen Grenzpunkte nachgeben wollte. Es fühlt, daß Rußlands Forderungen dem preussischen Interesse nachtheilig sind. Allein es sieht auf der anderen Seite ein, daß in der jetzigen Lage der Dinge beharrliches Entgegenstreben gegen die Pläne Rußlands, Verweigern der Anerkennung seiner in Anspruch genommenen polnischen Besitzungen und daraus früher oder später entstehender Krieg unpolitisch sind, und daß der wahre Endzweck weit besser durch augenblickliche Nachgiebigkeit, darauf folgende Konsolidation der Staaten, und nachherige feste Verbindung erreicht werden würde.

In dieser Lage hat Preußen das größte Interesse, den Bruch, wenn derselbe auch noch lange kein Krieg wäre, zu verhindern. Allein es befindet sich dazu gerade jetzt im ungünstigsten Augenblick. Denn es ist nicht glaublich, daß Rußland darum nachgeben würde, weil es fürchten müßte, daß Preußen sein Widersacher werden würde, und noch weniger ist dies von Österreich und von England vorauszusetzen, weil beide sehr gut wissen, daß Preußen noch in keiner seiner neuen Besitzungen fest ist, und daß es, sowie es sich von ihnen und mithin von Deutschland trennt, vom Rhein bis zur Oder sehr leicht angegriffen werden kann.

In der That befindet sich Preußen in einer kritischeren Lage als irgend ein anderer Staat. Es kann nur auf die Provinzen, welche es vor dem Kriege besaß, und auf seine wieder eroberten alten rechnen. Sachsen ist ihm von Österreich und England nur unter der Bedingung zugesichert worden, daß es in der polnischen Angelegenheit den gleichen Gang mit ihnen gehe, und um den Rhein herum ist der neue Besitzstand noch nicht einmal vorläufig irgend bestimmt verabredet.

Daß Preußen sich aus dieser Lage herausziehe, ohne eine Gefahr wirklich ernsthaft theilen zu wollen; daß es von Oesterreich und England die in Deutschland gewünschten Besitzungen zugestanden, anerkannt und garantirt erhalte, dabei doch auf seine Weise und nach seinem Gefallen mit Rußland abschließen und an dem ferneren Zwist über Polen keinen Theil nehmen könne, halte ich für unmöglich. Da keine beider Parteien darin ihren Nutzen finden würde, so sehe ich nicht ab, welche Gründe sie bewegen könnten, darin einzuwilligen. Vielmehr scheint mir jeder Aufschub von preußischer Seite, eine bestimmte und sich für eine beider Parteien entscheidende Sprache zu führen, in hohem Grade verderblich. Schon jetzt hegen Oesterreich und England die Meinung, daß Preußen sie nicht gegen Rußland unterstützen wird. Nimmt diese Meinung in den nächsten Tagen zu, wie sie es denn, ohne eine bestimmte Erklärung Preußens, nothwendig muß, so werden sie, da die Umstände zu dringend sind, neue Verbindungen und zwar solche suchen, die nicht anders als nachtheilig für Preußen ausfallen können, werden allen Forderungen Preußens Schwierigkeiten entgegensetzen, und allzu wahrscheinlich auch den Kongreß in's Spiel ziehen, um die polnische und die sächsische Angelegenheit bei ihm zur Sprache zu bringen.

Vorzüglich darf man sich nicht schmeicheln, daß Preußen irgend eine Wirkung auf die Nachgiebigkeit Oesterreichs wird ausüben können, ehe es sich erklärt, mit ihm und England gleichen Schritt zu halten. Bis dahin wird jedes noch so triftige Raisonnement seines Eindruckes verfehlen, weil man es immer als eine Frucht des Bemühens ansehen wird, sich selbst aus der Sache herauszuziehen.

Allerdings muß es Preußen überaus schwer werden, sich hier zu entscheiden. Denn es muß sich entweder mit Rußland für eine Sache verbinden, die ihm selbst schädlich ist, und die es außerdem weder gerecht, noch Europa nützlich nennen kann, oder mit Oesterreich und England zu Maßregeln, die es jetzt für unangemessen und für unpolitisch hält. Allein es würde im ersteren Falle, da Rußland schwerlich nachgibt, so weit folgen müssen, als die Beharrlichkeit beider Theile in ihrem Zwiste es mit sich fortrisse; im letzteren Fall hingegen behält es immer Mittel in Händen, auf größere Mäßigung bei den Gegnern Rußlands hinzuwirken, da diese doch selbst einen Bruch scheuen, und Preußens Sprache bei ihnen mehr Gewicht haben wird. Auch ist es sehr in Anschlag zu bringen, daß die beiden Höfe, welche am meisten Uneinigkeit zwischen den vier Alliirten wünschen, und dieselbe unter der Hand ohne Zweifel befördern, Frankreich und Baiern, alles Interesse dabei verlieren, sobald Preußen auf die Seite tritt, auf welche sie sich in Absicht der polnischen Angelegenheiten stellen. Denn da Frankreich, wegen der Verbindung der Niederlande mit England, Belgien nicht angreifen darf, so können beide nur gegen Preußen etwas zu erstreiten hoffen.

Sobiel scheint mir daher unumstößlich gewiß, daß, wenn Preußen sich noch schmeicheln darf, zur Versöhnung beizutragen, es Oesterreichs und Englands Schritte unterstützen muß. Der Erfolg der Versöhnung bleibt indes immer ungewiß, und die eigentliche Frage ist also zugleich die:

welche Partei Preußen ergreifen muß, wenn es zu einem Bruch, aus welchem sehr wahrscheinlich nachher ein Krieg entstehen würde, kommen sollte?

Denn der Fall der Neutralität, den ich schon oben berührt habe, scheint mir unmöglich.

Der Krieg, der aus der jetzigen Verwicklung der Verhältnisse entstehen kann, wird von Rußland, das den größten Theil des Herzogthums Warschau

behält, für einen an sich unbedeutenden Strich Landes, zur Erhaltung einer Grenze, die nach dem Urtheil aller Kriegsverständigen nicht Vertheidigungs-, sondern Angriffspunkte enthält, und für die Annahme des polnischen Königstitels geführt. Die Forderung der Grenze läuft zum Theil dem Buchstaben und gewiß dem Geist der Verträge entgegen; die Herstellung des Namens Polen dem geheimen Artikel des Theilungsvertrages. Die Herstellung eines Theils von Polen unter dem Namen des Ganzen und unter russischer Herrschaft muß (wenn man nicht auf die Uneinigkeit und die Schwächung sehen will, die sie vielleicht künftig für Rußland selbst zur Folge hat) ebenso ein Keim zu Streitigkeiten und Unruhen in Europa scheinen, als es die Errichtung des Herzogthums Warschau war. Oesterreich dagegen will sich in Absicht der Grenze mit einem sehr kleinen Gebiete begnügen, und wird, einmal auf's äußerste gebracht, den Polen eine wirkliche Herstellung unter einer polnischen Regierung vorschlagen. Dieser Vorschlag, er mag nun auf die Polen Eindruck machen oder nicht, wird diesmal ernsthaft sein, und da ihn Oesterreich vor England und Frankreich aussprechen muß, welche beide die wahre Herstellung Polens begünstigen, so wird es vielleicht sogar genöthigt sein, ihn zur Wirklichkeit zu bringen. Auf diese Weise wird dieser Krieg von Seite Oesterreichs und Englands in seinen Absichten gerecht, das Gleichgewicht und die Ruhe Europas befördernd, und von liberalen Gefinnungen ausgehend erscheinen, und wird sehr bald für einen europäischen gegen das drohende Übergewicht Rußlands gelten. Diese Ansicht wird auch, ob ich gleich keineswegs die Meinung theile, daß das Übergewicht unfehlbar entstehen würde, wenn man jetzt nachgäbe, insofern wirklich die richtige sein, daß, wenn Rußland in diesem Kriege siegte, allerdings seine Macht entscheidend und im hohen Grade gefährlich werden würde, da im entgegengesetzten Fall, bei dem Siege Oesterreichs und Englands, sich nur das Gleichgewicht herstellen und sicherer begründen könnte. Schon in der allgemeinen Natur dieses Krieges liegt daher ein sehr wichtiger Grund, sich lieber auf die europäische, als auf die russische Seite zu stellen. Preußen insbesondere aber würde auf dieser letzteren eigentlich dasjenige vertheidigen, was ihm selbst geradezu nachtheilig ist. Denn es ist unleugbar, daß die jetzige Theilung des Herzogthums Warschau für Preußen, auch wenn es Thorn und die Warthe erhielte, doch noch sehr große Nachtheile hat, und Ost- und Westpreußen zu weniger nützlichen und weniger sicheren Provinzen macht.

Wenn ich aber hiernach behaupten zu müssen glaube, daß Preußen seiner Verbindung mit Oesterreich und England getreu bleiben muß, so setze ich dabei freilich voraus, daß beide auch Preußens billigen Forderungen augenblicklich Genüge leisten, da es, ohne Erfüllung dieser, kaum eine bestimmte Sprache zu führen, geschweige denn zu handeln im Stande ist. Diese Bedingungen setze ich darin, daß Oesterreich und England augenblicklich in einem Definitiv-Vertrag

1. den Besitz von ganz Sachsen für Preußen anerkennen und garantiren;
2. seine billigen Forderungen in Absicht des Besitzstandes in Deutschland eingehen;
3. mit Mainz die von Preußen vorgeschlagene Einrichtung treffen;
4. versprechen, mit keiner Macht anders ein Bündnis zu schließen, als wenn sie gleichfalls den auf diese Weise bestimmten Besitzstand Preußens anerkennt und, den Umständen gemäß, garantirt;
5. und endlich sich anheischig machen, auf jeden Fall zu verhindern, daß Rußland Preußen, wegen der Verbindung mit ihnen, bei gänzlicher Ausmachung der Sache den ihm jetzt schon zugestandenen Theil des Herzogthums Warschau vorenthielte.

Wollten Österreich und England diese Bedingungen, von denen jedoch nur die dritte schwierig sein würde, nicht sogleich eingehen, so beweisen sie dadurch schon, daß sie kein rein europäisches Interesse hätten, und daß sie Preußen die Kräfte nicht einräumen wollten, deren es zur Erhaltung seiner Unabhängigkeit bedarf, und so würde Preußen vor sich und Europa gerechtfertigt sein, sich von ihnen zu trennen und einen eigenen Weg mit Rußland einzuschlagen. Es bliebe ihm alsdann für seine Sicherheit kein anderes Mittel übrig, wie viel Schwierigkeiten auch noch mit diesem Schritte verknüpft wären.

Stimmten dagegen Österreich und England in diese Bedingungen ein, so kämen nun auch zu den obigen allgemeinen Gründen andere sehr wichtige besondere für Preußen hinzu, sich mit ihnen zu verbinden.

[Diese Gründe: Rücksicht auf den zu stiftenden deutschen Bund, Besorgnis vor der Suprematie Rußlands selbst im Falle des Sieges, Nothwendigkeit englischer Subsidien u. übergehen wir. Zum Schluß rath Humboldt:]

1. Österreich und England die oben entwickelten Bedingungen zur Annahme vorzulegen;

2. wenn sie dieselben eingehen, sich eng und unverbrüchlich in Abficht der polnischen Angelegenheit an sie anzuschließen;

3. Rußland offen und unumwunden die Gründe darzulegen, aus welchen Preußen nicht anders handeln kann;

4. in der Verbindung mit Österreich und England alles nur immer Mögliche zu thun, um allen Bruch, und vorzüglich den wirklichen Krieg zu vermeiden;

6. wenn dies aber unmöglich sein sollte, die gemeinschaftliche Sache mit aller Kraft und der höchsten Anstrengung durchzusetzen.

Wien, den 9. November 1814.

(gez.) Humboldt.

4. Schreiben Hardenberg's an den König mit Randbemerkung des Lepteren.

Dans la Situation, où Se trouve cette malheureuse affaire de Pologne, il ne reste pour le moment que le Seul parti, de chercher à calmer les passions, à concilier les opinions opposées et à éviter tout ce qui pourroit aigrir d'avantage et mener à une brouillerie. C'est dans ce sens que j'ai remis le mémoire confidentiel très humblement ci-joint à Lord Castlereagh et au Prince de Metternich. Je Souhaite ardemment que son contenu ait l'approbation de Votre Majesté et La prie de vouloir me le renvoyer, quand Elle en aura fait la lecture.

à Vienne le 9 de Novembre 1814.

(gez.) Hardenberg.

Le fond du Mémoire est excellent, mais ce que je n'approuve pas, ce sont les sorties contre la Russie qu'il contient, et la perspective qu'il offre de tirer occasionnellement partie de l'état désavantageux dans lequel cette puissance va se mettre par la nouvelle Constitution Polonoise. Si ce Mémoire par quelque accident devoit tomber entre les Mains de l'Emp. de Russie il compromettrait la Prusse par le langage qu'elle tient vis-à-vis des autres Puissances,

pour ainsi dire contre la Russie d'un étrange maniere, et certe, l'Emp. ne nous le pardonneroit jamais. F. W.

Die Besorgniß, die der König in dieser Randbemerkung äußert, ist eingetroffen. Mitte Dezember legte Metternich das Memoire Alexander vor, und dieser hat (Stein, Tagebuch S. 429) darauf geäußert, eigentlich sei er jetzt seiner Verpflichtungen ledig.

5. Czartoryski an Hardenberg.

Je m'empresse mon Prince de vous annoncer que l'Empereur laisse à S. M. le roi de Prusse le soin de prononcer sur la question de la Saxe comme il le jugera le plus convenable.

Mais quel que soit la resolution que le Roi prendra dans Sa sagesse, l'Empereur sera prêt à l'appuyer et à la soutenir avec toutes ses forces.

Sa Majesté Imperiale a voulu que je vous informe Mon prince de ce sentiment, ce soir encore.

Elle se propose de discuter à fond ces matières avec votre Altesse après demain dans la soirée.

L'Empereur a gardé chez lui les papiers.

Vienne le 11 Novembre 1814.

Czartoryski.

6. Auszug aus einer Denkschrift Hardenberg's für den Kaiser von Rußland vom 23. November 1814.

Hardenberg beruft sich zunächst darauf, daß er, der an Englands Statt jetzt bestellte Vermittler, bereits einige übertriebene Forderungen entfernt habe.

Von Verträgen wolle er nicht sprechen, nur an die Großmuth und das gute Herz des Kaisers appellire er. Was Alexander wolle, sei, der polnischen Nation ein stabiles und liberales Regierungssystem zu verschaffen. Dies Ziel erreiche er; die beiden andern Mächte, welche polnische Unterthanen beherrschten, könnten vertragsmäßig sich verpflichten, ihnen verfassungsmäßige Institutionen zu verleihen. Was sie aber fordern müßten, sei ihre eigene Sicherheit; Ruhe, Vertrauen, allgemeine Zufriedenheit hingen daran. Weigere Alexander jede Konzession, so würde man anfangen, ihn zu fürchten, Vorjorge zu treffen, die Allianz sei zerstört, die Ruhe Europas dahin. Man würde ihm ja nicht sofort den Krieg machen, aber man würde vorläufig protestiren und ihn präpariren. Unabsehbares Unglück würde daraus entstehen. Auch die Wohlgefinnten würden sich gegen die Regierungen wenden und sie anklagen, ihre gerechten Hoffnungen nicht erfüllt zu haben. Deutschland würde überhaupt nicht dazu gelangen, sich zu konstituiren, wenn die Großmächte sich nicht friedlich arrangirten; es sei zum Theil erregt gegen seine Despoten. Italien sei unruhig und unzufrieden; Murat beschütze die Einheitstendenzen. Die Familie Bonaparte schüre das Feuer. Die Bourbonen reklamirten Neapel, Parma und Etrurien. In Spanien müßte das Schreckensregiment zu einer Explosion führen. In Frankreich sei die Dynastie keineswegs befestigt; die Ruhe Frankreichs hänge ab von der Ruhe Europas. Belgien ist noch nicht konsolidirt, Preußen weit entfernt davon. Alles sei ihnen bestritten. Die Niederlande erhöben Ansprüche an der Mosel; wegen Mainz seien Schwierigkeiten. Sachsen werde bestritten. Oesterreich und Eng-

land hätten eingewilligt unter der Bedingung des Zusammenhalts in der polnischen Angelegenheit. Oesterreich füge noch *la réserve de Mayence pour Bavière et quelques arrangements pour les fortifications et les frontières* hinzu. Man wolle Dresden für den König zurückbehalten. Wenn das geschähe, wollten Alle zustimmen. Auch Preußen gebe doch seine alten polnischen Besitzungen auf. Dafür sei es schlechter gestellt, als Viele, die viel weniger gethan hätten. Wenn nun der Krieg ausbräche und Preußen an Rußlands Seite kämpfe, so würde es in die fürchterlichste Lage gerathen. Alle seine ausgesogenen Provinzen würden überschwemmt werden, und der Krieg nicht einmal populär sein. Man würde sich immer sagen, daß man ihn führe um eine Grenzfrage, in der selbst das preußische Interesse mit dem russischen kollidire.

Hardenberg appellirt noch einmal an die Herzens- und Gemütsseigenschaften des Kaisers und stellt endlich die Forderung von Krakau, Wida, Zamosc für Oesterreich, Thorn und Warthe für Preußen. Thorn sei eine deutsche Stadt und die Bewohner wünschten die Vereinigung mit Preußen. Man könne ja versprechen, es nie zu befestigen. Bedroht könne Rußland dadurch nicht werden.